



© Adobe Stock

TOP NEWS

- [Besuch von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas](#)
- [Haushalt der BA 2026](#)
- [Abschluss des Anschlussprozesses BA-FLÄX](#)
- [Stärkung der Berufsorientierung an Förderschulen](#)
- [Aktuelle Lage am Ausbildungsmarkt](#)
- [TOP Themen IT](#)
- [Auswertung gestartet: Mitarbeiterbefragung zur Zusammenarbeit](#)
- [„BA klar!“](#)
- [Good to know](#)

Liebe Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsausschüsse,

das Jahr 2025 hat uns in der Selbstverwaltung erneut vor Herausforderungen gestellt, die uns intensiv gefordert haben. Angesichts einer angespannten Haushaltslage, steigender Arbeitslosenzahlen und struktureller Veränderungen am Arbeitsmarkt war es für den Verwaltungsrat wichtig, die Interessen der Beitragszahlenden zuverlässig und verantwortungsvoll zu vertreten.

Mit dem Haushalt für 2026 ist sichergestellt, dass notwendige Qualifizierungen nicht an zu engen Budgets scheitern.

Eine klare und unabhängige Selbstverwaltung mit Fokus auf die Versicherteninteressen ist in solchen Zeiten von großer Bedeutung.

Die Mitarbeitenden in den Arbeitsagenturen und standen 2025 erneut vor hohen Anforderungen. Für den Verwaltungsrat war es ein zentrales Anliegen, sich für klare Abläufe, eine verlässliche Ausstattung und eine nachhaltige Personalarbeit einzusetzen, um die Beschäftigten vor Ort zu unterstützen.

Ein professionelles Arbeitsumfeld ist Voraussetzung dafür, dass die gesetzlichen Aufgaben zuverlässig erfüllt werden können.

Der Blick auf das Jahr 2026 zeigt, dass die Aufgaben für die Arbeitsverwaltung nicht geringer werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich weiter verstärkt auch auf den Arbeitsmarkt aus, und die BA wird gleichzeitig bei Digitalisierung, Qualitätssicherung und der konsequenten Missbrauchsbekämpfung gefordert bleiben.

Wir möchten uns bei Ihnen allen herzlich für Ihren Einsatz und Ihr Engagement in den Verwaltungsausschüssen bedanken.

Ihre Expertise vor Ort ist unerlässlich für transparente Entscheidungen und eine starke Selbstverwaltung, die vor Ort Wirkung zeigt. Dies haben Sie im Beteiligungsprozess zu BA-FLÄX und dem weiterentwickelten Kundenzugang unter Beweis gestellt.

Gemeinsam starten wir in ein neues Jahr, das erneut Verantwortung, Gestaltungswillen und enge Zusammenarbeit erfordern wird. Wir sind überzeugt, dass wir die anstehenden Aufgaben mit Ihrer Unterstützung konstruktiv und erfolgreich angehen können.

Ihre Anja Piel und Christina Ramb

BESUCH VON BUNDESARBEITS-MINISTERIN BÄRBEL BAS BEI DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT IN NÜRNBERG



© BA aktuell

Zum Auftakt nach der Sommerpause stattete am 19. September 2025 die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg einen Antrittsbesuch ab.

Dieser Termin bot Anlass zu einem breit angelegten Austausch zwischen der Ministerin, dem Vorstand der BA, dem Verwaltungsrat sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Agenturen für Arbeit, Jobcentern und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Im Mittelpunkt der Gespräche standen zwei übergeordnete Themen: die Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch insbesondere in der Grundsicherung und die Begleitung der tiefgreifenden Transformation des Arbeitsmarkts. Die Ministerin betonte die Notwendigkeit, Missbrauchsfällen entschlossener entgegenzutreten, um das Vertrauen in die Grundsicherung zu schützen, und nannte hierzu konkrete Maßnahmen zur besseren behördenübergreifenden Zusammenarbeit.

Besprochen wurden zudem die Rahmenbedingungen zur Stärkung der Service- und Vermittlungsleistung der BA, die Effekte demografischer Entwicklung auf die Fachkräftesicherung sowie Anforderungen an Qualifizierungsangebote. Der Dialog zeigte sich dabei auf Kooperation ausgerichtet: Politik und Selbstverwaltung suchten gemeinsam nach praxisnahen Wegen, um legislative Initiativen und operative Umsetzung wirksam zu verzahnen.

Dabei würdigte die Ministerin die Rolle der Selbstverwaltung als zentrales Element der Arbeitsmarktsteuerung und betonte die Bedeutung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat.

AUSWERTUNG GESTARTET

MITARBEITERBEFRAGUNG ZUR ZUSAMMENARBEIT VON VERWALTUNGS-AUSSCHÜSSEN UND AGENTUREN FÜR ARBEIT ABGESCHLOSSEN

Herzlichen Dank an alle von Ihnen, die an der Befragung teilgenommen haben. Die aktuelle Befragung des Zentrums für Kunden- und Mitarbeiterbefragungen (ZKM) zur Arbeit der Selbstverwaltung ist erfolgreich abgeschlossen.

Ziel der Erhebung war es, ein umfassendes Bild der Erfahrungen und Einschätzungen der Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit sowie der beteiligten Geschäftsführungen zu gewinnen. Im Mittelpunkt standen Fragen zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsausschüssen und Agenturen für Arbeit, zur Wahrnehmung der Beratungs- und Überwachungsfunktion sowie zur Organisation und Durchführung der Gremiensitzungen.

Die Ergebnisse werden aktuell aufbereitet und in einer der nächsten Ausgaben der SV-NEWS für Sie zur Verfügung gestellt.

Sie haben noch Anmerkungen? Das Büro der Selbstverwaltung steht auch unabhängig von der Befragung für Rückmeldungen, Anregungen und weiterführende Hinweise zur Verfügung. Der kontinuierliche Dialog bleibt ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen und zukunftsorientierten Selbstverwaltung.

Melden Sie sich gern über den QR-Code



oder über die folgende E-Mail-Adresse:
Zentrale.Selbstverwaltung@arbeitsagentur.de
bei uns.

HAUSHALT DER BA 2026 GENEHMIGT – ARBEITSMARKTNAHE INVESTITIONEN FÜR EINE SCHNELLE INTEGRATION



Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2026 festgelegt. Die Bundesregierung hat diesen im Dezember ohne Auflagen genehmigt.

Der Haushalt 2026 sieht Gesamteinnahmen von 49,23 Mrd. Euro vor, davon 41,12 Mrd. Euro aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Die Gesamtausgaben betragen 52,60 Mrd. Euro. Zum Haushaltsabschluss müssen 3,97 Mrd. Euro über Liquiditätshilfen der Bundesregierung gedeckt werden.

Bereits 2025 muss die BA für den Haushaltsausgleich nach vollständigem Einsatz ihrer Rücklage ein Darlehen des Bundes in Anspruch nehmen. Der Schuldenstand könnte Ende 2026 auf bis zu 6,22 Mrd. Euro steigen.

Der Vorstand hat aufgrund der konjunkturell schwierigen Lage deshalb klare Prioritäten gesetzt: Kurzfristig wirksame Unterstützung für Arbeitsuchende und Arbeitgeber sowie gezielte Investitionen in Qualifizierung, um die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen.

Dem Verwaltungsrat war besonders wichtig, dass 4,12 Mrd. Euro 2026 für Weiterbildung und Förderung beruflicher Kompetenzen bereitstehen, rund 0,69 Mrd. Euro mehr als die Ausgaben im Jahr 2025. Ein Teil des Anstiegs beruht auf der Kostenübernahme der Weiterbildungsförderung von Leistungsbeziehenden in den Jobcentern, die in diesem Jahr auf die Arbeitsagenturen übertragen wurde. Für das Arbeitslosengeld sind 25,66 Mrd. Euro eingeplant. Damit reagiert die BA auf weiterhin erhöhte Arbeitslosenzahlen, gleichzeitig liegt der Ansatz 1 Mrd. Euro niedriger als die erwarteten Ausgaben für 2025.

Der Beschlussfassung gingen auf Initiative des Verwaltungsrats wieder Besprechungen mit dem Vorstand voraus, die konstruktiv und ergebnisorientiert verliefen. Der Schwerpunkt lag auf dem Personalhaushalt und auf den vom Verwaltungsrat beschlossenen Grundsätzen für die Aufstellung des Personalhaushalts. Im beschlossenen Personalhaushalt wird auf die besonders konjunktur reagiblen Bereiche im Kerngeschäft für die Kundinnen und Kunden fokussiert.

[Presseinformation vom 7. November 2025](#) mit Statements der alternierenden Vorsitzenden Anja Piel und Christina Ramb

AKTUELLE LAGE AM AUSBILDUNGSMARKT

In der Sitzung des Ausschuss II am 27. November 2025 wurde die aktuelle Lage am Ausbildungsmarkt betrachtet.

Für das Berichtsjahr 2024/25 gibt es erneut in fast allen Regionen einen Zuwachs an gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern sowie einen Rückgang an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen. Insgesamt wurden 32.000 mehr betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet als Bewerberinnen und Bewerber, zugleich hat sich die Lücke im Vorjahresvergleich weiter verkleinert.

Der Zuwachs an Bewerberinnen und Bewerbern der vergangenen zwei Jahre lässt sich insbesondere auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit – darunter überwiegend Personen im Kontext von Fluchtmigration – sowie auf Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Vorjahre zurückführen.

Das dritte Jahr in Folge erhöhte sich die Zahl der **unversorgten Bewerberinnen und Bewerber (uvB)** deutlich um 9.000 auf 40.000 (+ 28 Prozent).

ANSCHLUSSPROZESS BA-FLÄX ABGESCHLOSSEN – EINPHASUNG DES TERMINIERTEN KUNDENZUGANGS INSGESAMT GELUNGEN

Der Verwaltungsrat hat sich vom Vorstand zum aktuellen Stand der Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots in der Fläche berichten lassen.

Die weiterentwickelte Flächenpräsenz der BA basiert auf den vom Verwaltungsrat beschlossenen Organisationsgrundsätzen BA-FLÄX, den Varianten der Dienstleistungserbringung für Dienststellen in Verbindung mit den operativen Dienstleistungsversprechen zur Ausgestaltung des Kundenzugangs. Hierbei sind Sie in den Verwaltungsausschüssen bei den regionalen Planungen einbezogen worden.

Stand des Prozesses

Der Anschlussprozess zur regionalen Planung im Rahmen von BA-FLÄX wurde durchgeführt, um ein einheitlicheres Dienstleistungsangebot im Bundesgebiet zu erreichen und die positiven Effekte für die Kundinnen und Kunden nutzbar zu machen. Dies kann nur mit einer konsequenten Ausrichtung an der Kanalstrategie und dem vorrangig terminierten Kundenzugang gewährleistet werden.

Im Vergleich zur ursprünglichen regionalen Planung wurden weitere Dienststellen auf die Variante L (ausschließlich terminierter Zugang zur Eingangszone) umgestellt. Zudem wurde sichergestellt, dass bei unterterminierten Kundenzugängen mindestens ein Umfang von 5 Stunden pro Woche sichergestellt ist.

Der Anschlussprozess war erfolgreich. Die Handlungsspielräume BA-FLÄX wurden genutzt und die geschäftspolitische Ausrichtung konsequenter umgesetzt. Die Flächenpräsenz wird weiterhin im Sinne des Verwaltungsrats sichergestellt und der vereinbarte Mindeststandard dabei deutlich überschritten.

Insgesamt werden rund 75 Prozent der Änderungen aus den regionalen Planungen und dem Anschlussprozess bis 31. Dezember 2025 realisiert. Die übrigen Veränderungen werden bis spätestens zum 30. April 2026 umgesetzt. Von insgesamt 21 geplanten Zusammenlegungen von Geschäftsstellen bis Ende 2026 wurden acht Zusammenlegungen formal angemeldet. Die neuen Standards zur Beteiligung der Verwaltungsausschüsse wurden eingehalten bzw. nachgeholt.

Operative Ausgestaltung

Bis Ende November 2025 bewarben alle Dienststellen, welche auch unterterminierte Vorsprachemöglichkeit anbieten, bevorzugt den terminierten Kundenzugang. Damit ist der Prozess des vorrangig terminierten

Kundenzugangs nun in allen Dienststellen implementiert. Insgesamt finden rund $\frac{3}{4}$ aller Vorsprachen in den Eingangszonen bundesweit terminiert statt. Das Dienstleistungsversprechen, innerhalb von drei Tagen einen Termin in der Eingangszone bekommen zu können, wird aktuell von allen Agenturen erfüllt.

Die Anzahl der freien Terminverfügbarkeiten ist zwischen den Agenturen unterschiedlich. Grund hierfür ist, dass der Einphasungsprozess unterschiedlich genutzt wurde. Vereinzelt gibt es noch Unsicherheiten bei der Bewertung der Dringlichkeit von Anliegen.



Seit September stehen den Agenturen Auswertungen zu den dringenden, unterterminiert zu bearbeitenden Anliegen zur Verfügung. Der Anteil der unterterminiert bearbeiteten Kundenanliegen an allen Kundenvorsprachen lag im September bei 16,3 Prozent. Rund 10 Prozent der unterterminierten Vorsprachen erfolgten aufgrund einer tag-

gleich notwendigen Arbeitslosmeldung. Bei 5 Prozent der Vorsprachen wurde eine erneute terminierte Vorsprache als unverhältnismäßig angesehen.

Die Anzahl der Kundenreaktionen zum terminierten Kundenzugang ist leicht gestiegen, allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Im 3. Quartal 2025 gab es bundesweit 74 negative Kundenreaktionen. Im 1. Halbjahr 2025 waren es gesamt 98 negative Kundenreaktionen zu diesem Thema, der Anteil der terminierten Vorsprachen lag in diesem Zeitraum bei 50 Prozent.

Es gibt zentrale Vorgaben zur Darstellung des terminierten Kundenzugangs und der Öffnungszeiten für dringende Anliegen auf den Agentur-Seiten im Internet und zur Pflege des Unternehmensprofils bei z.B. Google. Die Anpassungen sind seit Ende Juli möglich, werden weiter optimiert und bei Bedarf angepasst.

Der Verwaltungsrat wird sich ab 2026 weiter über den Stand der Umsetzung, die Einhaltung des operativen Dienstleistungsversprechens und der Standards für die Beteiligung der Verwaltungsausschüsse informieren lassen.

Die [interaktive Landkarte der Flächenpräsenz](#) steht Ihnen aktualisiert zur Verfügung:

BA KLAR! - UNTERNEHMENSBROSCHÜRE VERÖFFENTLICHT

Die wichtigsten Themen von Digitalisierung bis Fachkräftesicherung finden Sie [HIER](#).

BA klar!

Die Broschüre der Bundesagentur für Arbeit für Menschen, Arbeit und Zukunft



Die Broschüre „BA klar!“ bietet einen prägnanten Überblick über die Leistungen und Strukturen der BA – von der Arbeitsvermittlung und Qualifizierung über Digitalisierung bis hin zu nachhaltigem Handeln.

Sie richtet sich an Unternehmen, Partner und Mitglieder der Selbstverwaltung und soll Orientierung geben, Einblick in die Handlungsfelder der BA vermitteln und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Betrieben und Gremien unterstützen.

BERUFSORIENTIERUNG AN FÖRDERSCHULEN STÄRKEN – MEHRSTUFIGES VORGEHEN ABGESTIMMT UND GESTARTET

Die weiterentwickelten Standards der Berufsberatung vor dem Erwerbsleben haben nachweislich positive Wirkungen auf Berufsorientierung und Zufriedenheit. Diese sollen – dort wo sinnvoll und erfolgversprechend – nun auch für die Reha-Beratung weiterentwickelt und auf Förderschulen übertragen werden. Die zentralen Elemente Berufsorientierungsveranstaltungen und Beratung für Schülerinnen und Schüler (SuS) sowie die Elternarbeit sollen im zukünftigen Modell:

- ✓ Frühzeitiger beginnen (ab der Vor-Vor-Entlassklasse)
- ✓ Häufiger durchgeführt werden (zwei BO-Veranstaltungen für SuS pro Jahr, Jährliche Elternveranstaltung)
- ✓ Dort stattfinden wo die Kunden sind (Beratung vor Ort an Schule bzw. Träger)
- ✓ Mit adressatengerechten Medien & Methoden durchgeführt werden (haptische und digitale Formate, abgestimmt mit dem Zukunftsprojekt operativ (ZuPo)).
- ✓ Regionale Vernetzung fördern (enge Einbindung von Betrieben, Integrationsfachdiensten, Trägern und Schulen in die Veranstaltungen).

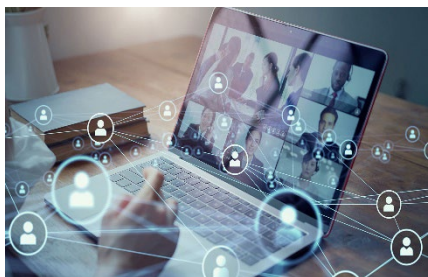
Zur Vorbereitung einer fundierten Einführungsentscheidung unter Berücksichtigung wirkungsorientierter Faktoren erfolgt die Realisierung in einem mehrstufigen Verfahren.

Im aktuellen Schuljahr 2025/2026 findet in einem ersten Schritt eine Erprobung in vier Agenturen mit insgesamt sieben Förderschulen statt. Basierend auf den daraus resultierenden Erkenntnissen (v.a. in Bezug auf die Festlegung des konkreten Dienstleistungsumfangs) schließt in einem zweiten Schritt eine knapp zweijährige Pilotierung ab Schuljahresbeginn im Sommer 2026 an. In dieser soll die Praxistauglichkeit an weiteren Förderschultypen bzw. weiteren Bundesländern überprüft, sowie eine vertiefte und wissenschaftlich fundierte Wirkungsbetrachtung erfolgen. Abhängig von den Pilotierungsergebnissen ist folglich eine flächendeckende Einführung ab 2029 möglich.

Auf Grund der engen Verzahnung der Pilotierung mit der Wirkungsbetrachtung erfolgt die konkrete Auswahl der weiteren Standorte gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sowie der Hochschule der BA (HdBA).

Die Selbstverwaltung begleitet das Vorhaben eng anhand verbindlicher Meilensteine.

UPDATE ZU DEN TOP-THEMEN IT



© Adobe Stock



© Adobe Stock



© Adobe Stock

Die Selbstverwaltung hat sich in ihrer September-Sitzung mit den aktuellen Schwerpunkten der IT-Strategie befasst. Im Mittelpunkt standen Entwicklungen rund um Cloud-Nutzung, zentrale Infrastrukturprojekte sowie die besonderen Anforderungen an Datenschutz und Sicherheit.

MULTICLOUD-Strategie und CLOUD-Einsatz

Mit dem Multicloud-Broker-Vertrag steht der BA seit Ende 2024 eine flexible Grundlage für den Einsatz verschiedener Cloud-Anbieter zur Verfügung. Vier Provider sind bereits angebunden, weitere Behörden interessieren sich für das Modell.

Aktuelle Cloud-Projekte – darunter KI-gestützte Anwendungen und Sicherheitswerkzeuge – sollen Prozesse effizienter und Angriffe besser erkennbar machen.

Diskussionen gab es hierzu besonders in Punkto strenger Datenschutzvorgaben, die die Auswahl nutzbarer Cloud-Dienste weiterhin deutlich einschränken.

Kooperation mit DELOS Cloud

Durch eine Absichtserklärung mit der Delos Cloud GmbH wird die BA Pilotkundin für eine speziell für die öffentliche Verwaltung entwickelte Cloud-Umgebung. Ab 2026 soll die MS-Office-Landschaft in diese Umgebung überführt werden.

SAP RISE – Migration zentraler Systeme

Die Migration der ERP-Systeme in eine sichere, ausfallsstärkere Cloud-Umgebung befindet sich im Plan. Wichtige Meilensteine sind der Aufbau der Verbindung zwischen BA-Rechenzentren und SAP seit Herbst 2025 sowie erste Migrationen ab Ende 2025.

Die Selbstverwaltung richtet dabei ihren Blick auf das Sicherheitsüberprüfungsgesetz und die damit verbundenen erhöhten Aufwände, da in externen Rechenzentren keine klar abgegrenzten, geprüften Personenkreise tätig sind.

Weiterentwicklung RECHENZENTRUMSTRATEGIE

Eine vollständige Verlagerung aller Verfahren in externe Clouds ist weder realistisch noch sinnvoll. Die BA wird dauerhaft eigene Rechenzentrumsleistungen bereitstellen – mit Fokus auf mehr Flexibilität, georedundanten Strukturen und drei Standorten im Raum Nürnberg.

SEMINARTERMINE 2026 VERÖFFENTLICHT

Die Seminartermine für die (stellvertretenden) Mitglieder der Verwaltungsausschüsse in den Agenturen für Arbeit für das Jahr 2026 wurden veröffentlicht. Weitere Details finden Sie in Kürze [hier](#).



Selbstverwalten – Mitgestalten: Einführung und Rollenverständnis der Verwaltungsausschüsse

11. März – 12. März 2026 in Weimar
19. Mai – 20. Mai 2026 in Bayreuth
17. November – 18. November 2026 in Lauf

Vertiefungsseminar für Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit

17. März – 18. März 2026 in Weimar
15. Juli – 16. Juli 2026 in Lauf
30. September – 01. Oktober 2026 in Bayreuth

Controlling für Mitglieder der Verwaltungsausschüsse

14. April – 15. April 2026 in Fürth
16. September – 17. September 2026 in Lauf

GOOD TO KNOW

Ausgewählte News der Bundesagentur für Arbeit im Überblick

BA-Vorständin Vanessa Ahuja ist neue Vorsitzende des europäischen Netzwerkes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen



BA-Vorständin Vanessa Ahuja wurde in Kopenhagen zur neuen Vorsitzenden („Chair“) des europäischen Netzwerkes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES-Netzwerk) gewählt. Mehr unter: <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2025-55-ba-vorstaendin-vanessa-ahuja-ist-neue-vorsitzende-des-europaeischen-netzwerkes-der-oeffentlichen-arbeitsverwaltungen>

Neuer Fördercheck für Unternehmen startet



Ab sofort können Arbeitgebende in dem neuen Online-Tool mit wenigen Klicks selbst herausfinden, ob sie möglicherweise eine unterstützende Förderleistung erhalten können – zum Beispiel bei Neueinstellungen oder für bereits beschäftigte Mitarbeitende. Mehr unter: <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2025-54-neuer-foerdercheck-fuer-unternehmen-startet>

Arbeitsmarkt im November 2025 – In der Seitwärtsbewegung



„Die Schwäche der Konjunktur hält an und der Arbeitsmarkt bleibt ohne Schwung. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben im November saisonüblich abgenommen. Die Zahl der Beschäftigten stagniert und die Arbeitskräftenachfrage bleibt verhalten“, sagte die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nables, heute anlässlich der monatlichen Pressekonferenz in Nürnberg. Mehr unter: <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2025-50-arbeitsmarkt-im-november-2025>

Die Bundesagentur für Arbeit vereinfacht die Erwerbsmigration für Fachkräfte



Die Unterstützung der Erwerbsmigration ist für die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine wesentliche Säule der Arbeits- und Fachkräftesicherung in Deutschland. Ab sofort können sich interessierte Arbeitskräfte daher bereits im Ausland online zu Themen der Erwerbsmigration wie Arbeitssuche, Ausbildung, Anerkennung und Arbeitsmarktzulassung informieren und sich im Online-Portal der BA registrieren. Mehr unter: <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2025-48-die-bundesagentur-fuer-arbeit-vereinfacht-die-erwerbsmigration-fuer-fachkraefte>

Good to Know

Ausgewählte Forschungsergebnisse, Diskussionspapiere & Studien aus dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) und der Statistik der BA



[Mindestloohnerhöhung auf 13,90 Euro betrifft mehr als jede achte Neueinstellung](#)



Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll laut Beschluss der Mindestlohnkommission zum 1. Januar 2026 auf 13,90 Euro pro Stunde steigen. Zum 1. Januar 2027 wird der Mindestlohn in einem weiteren Schritt auf 14,60 Euro angehoben. Dieser IAB-Kurzbericht zeigt, in welchem Ausmaß bestehende Beschäftigungsverhältnisse sowie Neueinstellungen von den geplanten Erhöhungen betroffen sein werden. Dabei wird insbesondere auf Unterschiede nach Beschäftigungsform, Arbeitszeit, Region und Wirtschaftszweig eingegangen.



[Was kommt nach der Schule? Ein Drittel der Jugendlichen erwägt mehrere Bildungswege](#)



Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nach Abschluss einer allgemeinbildenden Schule ist richtungsweisend für das künftige Bildungs- und Erwerbsleben junger Menschen. Neben dem Einstieg in eine betriebliche oder schulische Ausbildung kann auch ein weiterführender Schulbesuch, ein Studium oder andere Bildungswege folgen. Eine neue IAB-Befragung gibt Einblick in die Wünsche und Vorstellungen von Jugendlichen in der Schule zum Übergang ins Arbeitsleben.



[Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungshürden bei Arbeitssuchenden und Erwerbstätigen](#)



Trotz der hohen Bedeutung, die der Weiterbildung in der modernen Arbeitswelt zukommt, nehmen nicht alle Personengruppen gleichermaßen an Weiterbildung teil. Hürden erschweren oder verhindern die Partizipation. Die Daten der Erwachsenenstudie des Nationalen Bildungspanels lassen Schlussfolgerungen auf die Strukturen der Weiterbildungsbeteiligung zu. Die Unterschiede zeigen sich u.a. hinsichtlich Alter, Geschlecht, Qualifikation, Kompetenzausstattung und Gesundheitszustand. Neben der non-formalen, kursförmig organisierten Weiterbildung spielen auch informelle Lernaktivitäten, wie z.B. das Lesen von Fachliteratur eine Rolle. Unterschieden wird zwischen Arbeitssuchenden und Erwerbstätigen.



[Deutschland braucht bis 2030 rund 160.000 zusätzliche Arbeitskräfte für die Energiewende](#)



Zur Umsetzung des Klimaschutzes werden zusätzliche Arbeitskräfte benötigt. So müssen unter anderem erneuerbare Energien weiter ausgebaut und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel realisiert werden. Dies betrifft vor allem Berufe im Baugewerbe, bei denen bereits heute deutliche Engpässe herrschen. Analysen im Rahmen des QuBe-Projektes zeigen, dass sich die Rekrutierungssituation in vielen Berufen weiter verschärfen dürfte.